

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

| | |
|--------------|--|
| Suchabfrage | 18.04.2024 |
| Thema | Keine Einschränkung |
| Schlagworte | Linke und ökologische Parteien, Eidgenössische Wahlen |
| Akteure | Blocher, Christoph (svp/udc) BR EJPD / CF DFJP |
| Prozesstypen | Keine Einschränkung |
| Datum | 01.01.1965 - 01.01.2023 |

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bernath, Magdalena
Bühlmann, Marc
Hirter, Hans
Hohl, Sabine
Schaub, Hans-Peter
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Bühlmann, Marc; Hirter, Hans; Hohl, Sabine; Schaub, Hans-Peter; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Linke und ökologische Parteien, Eidgenössische Wahlen, 2004 – 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 18.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|---|
| Allgemeine Chronik | 1 |
| Grundlagen der Staatsordnung | 1 |
| Institutionen und Volksrechte | 1 |
| Bundesrat | 1 |
| Wahlen | 1 |
| Eidgenössische Wahlen | 1 |
| <hr/> | |
| Parteien, Verbände und Interessengruppen | 2 |
| Parteien | 2 |
| Grosse Parteien | 3 |
| Linke und ökologische Parteien | 3 |

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Institutionen und Volksrechte

Bundesrat

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 01.07.2007
HANS HIRTER

Auch im vierten Jahr seiner Tätigkeit als Bundesrat stand **Christoph Blocher** im Zentrum des politischen Interesses. Er selbst trat an unzähligen Wahlkampfveranstaltungen seiner Partei auf und sein Porträt zierte während Wochen die Wahlinserte und -plakate der SVP. Im Sommer veröffentlichte ein ihm nahestehender Journalist ein Buch mit einer Zusammenstellung der unternehmerischen und politischen Führungsprinzipien Blochers. Bei diesen steht das kompromisslose Erfüllen von Aufträgen im Rahmen einer strengen hierarchischen Ordnung im Zentrum. Ab Mitte September produzierte derselbe Journalist wöchentlich ein Interview mit Blocher, das unter dem Titel „Blocher-TV“ als Video ins Internet gestellt und auch vom Schaffhauser Lokalfernsehen und, zumindest am Anfang, noch von einigen weiteren lokalen Fernsehstationen in der Ost- und Zentralschweiz ausgestrahlt wurde. Auch Blochers politische Gegner gaben vor den Parlamentswahlen ein Buch heraus. Darin finden sich neben Analysen und allgemeineren Betrachtungen zum Aufstieg von Blocher und seiner SVP auch Aufrufe zu dessen Nichtwiederwahl als Bundesrat.¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 01.11.2007
HANS HIRTER

Wie noch nie zuvor war 2007 die parteipolitische und personelle **Zusammensetzung des Bundesrates ein Thema für die nationalen Parlamentswahlen** gewesen. Anlass dafür war nicht so sehr die 2003 an die neuen Kräfteverhältnisse angepasste Zauberformel an sich, sondern die Person des damals in die Landesregierung gewählten zweiten SVP-Vertreters, Christoph Blocher. Die SVP beschwor an ihrer Delegiertenversammlung zu Jahresbeginn Schreckensszenarien herauf, die über die Schweiz im Fall einer Nichtwiederwahl Blochers hereinbrechen würden. Die Delegierten bestätigten an diesem Anlass auch einen früheren Beschluss ihrer Parlamentsfraktion, dass die Partei im Fall seiner Nichtwahl alle übrigen in den Bundesrat gewählten SVP-Mitglieder aus der Fraktion ausschliessen würde. Der zweite SVP-Bundesrat, Samuel Schmid, zeigte sich davon allerdings wenig beeindruckt und erklärte, dass er auch bei einer Abwahl Blochers in der Regierung bleiben würde. Die SP und die Grünen gaben den Gegenpart zur SVP und verkündeten, dass Blocher nicht länger als Bundesrat tragbar sei und auch in der CVP sprachen sich massgebliche Personen gegen eine Wiederwahl Blochers aus.²

Wahlen

Eidgenössische Wahlen

WAHLEN
DATUM: 21.10.2007
SABINE HOHL

Im Vergleich zu früheren Jahren wurde der Wahlkampf vermehrt auf der nationalen Bühne geführt. Die Personalisierung des Wahlkampfes war wie bereits 2003 ausgeprägt. Die **Bundesräte** standen stärker im Mittelpunkt als in früheren Jahren. Insbesondere Christoph Blocher (svp) und Doris Leuthard (cvp) spielten für ihre Parteien eine wichtige Rolle im Wahlkampf. Aber auch Micheline Calmy-Rey (sp) war sehr aktiv. Nur die FDP beteiligte sich an diesem Trend nicht.³

WAHLEN
DATUM: 21.10.2007
SABINE HOHL

Die **Bundesratswahlen waren eines der Hauptthemen im Wahlkampf für das Parlament**. Die SVP versuchte, mit der gefährdeten Wiederwahl von Christoph Blocher ihre Wähler zu mobilisieren. An einer Delegiertenversammlung Ende Januar bekräftigte sie ihre Strategie, bei einer Abwahl von Bundesrat Blocher oder Bundesrat Schmid in die Opposition zu gehen. Wer anstelle der beiden offiziellen Kandidaten eine Wahl in den Bundesrat annehme, werde aus der SVP-Fraktion ausgeschlossen, so die Ankündigung der SVP. Im August lancierte die SVP eine Inseratekampagne unter dem Motto „Blocher stärken! SVP wählen!“. Die SP machte derweil ihren Anspruch geltend, im Bundesrat eine stärkere Vertretung von Mitte-Links zu erreichen, wobei sie auch die CVP zu diesem Lager zählte. Die SP betonte zudem, dass sie Bundesrat Christoph Blocher nie wählen werde. Dieser müsse durch ein anderes SVP-Mitglied ersetzt werden. Die SP visierte also in erster Linie einen der zwei FDP-Sitze an, den sie mit

einem CVP- oder Grünen-Vertreter besetzen wollte. Die CVP, die darauf zunächst zurückhaltend reagierte, begann mit einem zweiten Bundesratssitz zu liebäugeln, als Umfragen zeigten, dass sie die FDP an Stimmenanteilen fast einholen könnte. Auch die Grünen spielten bei den Diskussionen um die Bundesratswahlen mit, indem sie sich die Regierungsbeteiligung grundsätzlich zum Ziel setzten. Sie wollten allerdings ausdrücklich nicht gemeinsam mit Blocher im Bundesrat vertreten sein.⁴

WAHLEN
DATUM: 21.10.2007
SABINE HOHL

Mit der „**Affäre Roschacher**“ und der Diskussion um einen angeblichen Geheimplan gegen Bundesrat Blocher wurde der Wahlkampf dann allerdings noch härter geführt. Auslöser der Affäre war ein Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates, wonach Bundesrat Blocher die Unabhängigkeit des ehemaligen Bundesanwalts Valentin Roschacher wiederholt missachtet und damit seine Kompetenzen überschritten habe. Eine Subkommission der GPK äusserte ausserdem den Verdacht, Blocher könnte an einem Komplott gegen Roschacher beteiligt gewesen sein. Die SVP dagegen ging von einer Verschwörung der anderen Parteien gegen ihren Bundesrat aus, die Geschäftsprüfungskommission sei zu diesem Zweck instrumentalisiert worden. Eine dringliche Debatte im Nationalrat zur „Affäre Roschacher“ Anfang Oktober geriet zu einem Schlagabtausch zwischen den Parteien.⁵

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Deutlich weniger präsent im Wahlkampf als vor vier Jahren waren die **Bundesrätinnen und Bundesräte**. Bei den Wahlen 2007 liessen sich Bundesrätin Leuthard (cvp) und Bundesrat Blocher (svp) von ihren Parteien noch als eigentliche **Lokomotiven** einsetzen. Bundesrat Maurer (svp) gab bereits im Januar des Berichtjahres bekannt, dass er diese Rolle nicht übernehmen werde. Das Exekutivgremium entschied sich in der Folge zwar gegen neue Regeln im geltenden Aide-Mémoire, das die Rolle der Regierung im Wahlkampf spezifiziert, mahnte aber für die einzelnen Mitglieder Zurückhaltung an. Zudem machte der Bundesrat seinen Entscheid von vor vier Jahren rückgängig, der es Regierungsmitgliedern erlaubt hatte, mit ihrem Konterfei auf Wahlplakaten für die eigene Partei Werbung zu machen. Auch die Bundesratswahlen waren im Vorfeld der Parlamentswahlen weit weniger prominentes Thema als noch vor vier Jahren.⁶

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.01.2022
HANS-PETER SCHAUB

Die **sechs grössten Parteien** der Schweiz verzeichneten 2020 und 2021 nach eigenen Angaben fast durchwegs einen deutlichen **Mitgliederzuwachs**, wie die Aargauer Zeitung im Januar 2022 berichtete. Die Zahlen sind zwar zu relativieren, weil nicht alle Parteien ein zentrales Mitgliederregister führen und die Parteien zudem unterschiedliche Kriterien dafür verwenden, ab wann sie jemanden als Parteimitglied zählen. Die Aargauer Zeitung und der von ihr befragte Politanalyst Mark Balsiger hielten einen Zuwachs indessen für plausibel. Als Erklärungsfaktoren nannten sie, dass in dem Zeitraum viele Bürgerinnen und Bürger durch die stark alltagsrelevante Covid-19-Pandemie, aber auch durch die intensivierete Diskussion um den Klimawandel und durch aussergewöhnlich intensive Abstimmungskämpfe etwa zur Konzernverantwortungsinitiative im November 2020 und zu den beiden Covid-19-Gesetzesvorlagen im Juni und im November 2021 politisiert worden seien. Diese Politisierung sei noch verstärkt worden durch einen stark erhöhten Medienkonsum vieler Leute in den ersten anderthalb Jahren der Pandemie und zeige sich nebst den vermehrten Parteieintritten auch an den aussergewöhnlich hohen Beteiligungsraten bei den Volksabstimmungen seit Pandemiebeginn.

In absoluten Zahlen den stärksten Zuwachs meldete **Die Mitte**. Seit der Fusion von CVP und BDP (zuletzt 82'000 bzw. 4'000 Mitglieder) im Januar 2021 sei die Mitgliederzahl um 5'500 auf 91'500 gestiegen. Die Partei führte dies auch auf ihr Rebranding mit dem neuen Parteinamen zurück.

Einen nicht genauer bezifferten Nettozuwachs «im vierstelligen Bereich» meldete die **SVP**, deren Mitgliederzahl gemäss einer nicht datierten Angabe auf der Parteiwebsite 80'000 betrug. In jüngerer Vergangenheit sei die Mitgliederzahl nur nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative 2014 und nach der Nichtwiederwahl ihres Bundesrats Christoph Blocher 2007 noch stärker gestiegen. Der massnahmenkritische Kurs der Partei in der Coronapolitik führte gemäss ihren eigenen Angaben zwar zu

Austritten älterer bisheriger Mitglieder, diese seien aber mehr als kompensiert worden durch jüngere Neumitglieder, die sich gerade von diesem Kurs angesprochen gefühlt hätten.

Die **SP** meldete 32'814 Mitglieder, was rund 1'400 Personen mehr seien als zwei Jahre zuvor. Es gebe aber schon seit 2015 einen kontinuierlichen Zuwachs. Ein Teil der Neumitglieder sei wegen der Coronapolitik zur SP gestossen, die Hauptgründe waren gemäss einer Neumitgliederbefragung aber Gespräche mit Bekannten, die bereits Parteimitglieder waren, und Ereignisse im Zusammenhang mit einzelnen Abstimmungen oder Wahlen.

Gar den grössten «Mitgliederboom» ihrer Parteigeschichte erlebten gemäss Parteipräsident Balthasar Glättli die **Grünen**: Die Mitgliederzahl sei in zwei Jahren um 2'300 auf 12'967 gestiegen, was wohl auf die Themenführerschaft der Grünen in der Klimapolitik zurückzuführen sei.

Am sechstmeisten Mitglieder hatte die **GLP**, die 6'800 Mitglieder meldete, was 1'700 mehr seien als zwei Jahre zuvor. Der starke Anstieg habe schon nach den für die GLP äusserst erfolgreichen Nationalratswahlen 2019 begonnen.

Keine Informationen zur aktuellen Mitgliederentwicklung hatte die **FDP** Schweiz. Man nehme aber «keine namhaften Schwankungen» wahr. Im Jahr 2019 hatte die Partei ihre Mitgliederzahl mit 120'000 beziffert.

Vergleicht man die gemeldeten Zahlen mit jenen aus dem Jahr 2013, so sind die Mitte und die SVP seither per Saldo geschrumpft, bei der FDP blieb die Mitgliederzahl stabil. Demgegenüber konnten die SP, die Grünen und die GLP ihre Mitgliederbasis seit 2013 verbreitern.⁷

Grosse Parteien

Der Parteitag im Oktober in Freiburg bekräftigte und verschärfte die **Wahlplattform der SVP** von 2003 für die eidgenössischen Wahlen 2007. Unter dem Slogan „Mein Zuhause – unsere Schweiz“ wurden neben dem Eintreten für die „Freiheit“ und „Unabhängigkeit“ eines möglichst schlanken Staates – niedrigere Steuern und Abgaben, Senkung der Staatsquote auf das Niveau von 1990 – die Kriminalitätsbekämpfung und der Ausbau des Strassennetzes als wichtige Ziele formuliert. Wie Präsident Ueli Maurer und der Zürcher Nationalrat Mörgeli bezeichnete Bundesrat Blocher den Asylmissbrauch und die illegale Einwanderung als wesentliche Probleme der Schweiz. Gemäss der SVP sollen neue Einwanderer einen dreijährigen Verzicht auf Sozialhilfe geloben bzw. ihre Unabhängigkeit von staatlichen Mitteln nachweisen müssen. SVP-Präsident Maurer formulierte die Zahl von 100'000 neuen SVP-Wählern als das ehrgeizige Ziel der Partei für die Nationalratswahlen vom Herbst 2007.⁸

WAHLEN
DATUM: 23.10.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Nach ihrem **Sieg bei den Nationalratswahlen** (+2,2 Prozentpunkte Wähleranteil, 7 Sitze mehr im Nationalrat) zeigte sich die SVP eher zurückhaltend. Parteipräsident Maurer sagte, die Partei stehe hinter der Konkordanz. Die SVP signalisierte Interesse am frei werdenden Bundeskanzlerposten und forderte, ihre Bundesräte müssten wichtigere Departemente erhalten.⁹

WAHLEN
DATUM: 23.10.2007
SABINE HOHL

Linke und ökologische Parteien

Nach eingehender Diskussion sprach sich die Delegiertenversammlung in Winterthur (ZH) Ende August mit 82:26 Ja bei 6 Enthaltungen deutlich **für die Abkommen von Schengen und Dublin** aus. Das Schengener Abkommen sei zwar Instrument einer repressiven Migrations- und Asylpolitik, jedoch angesichts von Bundesrat Blochers Asylpolitik das geringere Übel. Die anderen Abkommen im Rahmen der Bilateralen II hiessen die Grünen einstimmig gut (108 Ja, 4 Enthaltungen). Zu allen vier Vorlagen vom 26. September gaben sie die Ja-Parole heraus, zum Mutterschaftsurlaub und zu den beiden Einbürgerungsvorlagen einstimmig, zur Post-Initiative mit einer Gegenstimme.¹⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 30.08.2004
MAGDALENA BERNATH

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 03.08.2006

STEPHAN SCHOENHOLTZ

Auf der Delegiertenversammlung im März in Bern erteilte Parteipräsidentin Ruth Genner (ZH) einer eventuellen **Beteiligung der GP an einer Regierung** mit Christoph Blocher eine deutliche Absage. Genner sah einen grünen Sitz im Bundesrat nicht als primäres Ziel für die Wahlen 2007 an; vorrangig sei vielmehr, die Parlamentsvertretung der Grünen weiter zu stärken. Im Zentrum der Versammlung standen umweltpolitische Themen. Die Delegierten forderten von der Parteileitung die Vorbereitung einer **Klimainitiative**, da das Projekt einer CO₂-Steuer wenig Realisierungschancen besitze. Des Weiteren bekräftigten sie ihre Forderung nach einem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft. Schliesslich gaben die Delegierten mit 79:5 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Ja-Parole für den Bildungsartikel heraus.¹¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 03.12.2007

SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung Anfang Dezember sprachen sich die Grünen mit 132 zu 14 Stimmen bei 4 Enthaltungen dafür aus, **einen Sitz im Bundesrat anzustreben**. Zu reden gab, ob die Grünen bei den anstehenden Bundesratswahlen gegen Bundesrat Blocher kandidieren sollten. Dies wurde mit 115 zu 34 Stimmen bei 4 Enthaltungen bejaht. Eine Minderheit argumentierte, die Grünen sollten sich an die arithmetische Konkordanz halten und auf das Freiwerden eines freisinnigen Sitzes warten. Als Kandidat der Grünen für den Bundesrat wurde der **Waadtländer Ständerat Luc Recordon** aufgestellt. Dieser erklärte, er wolle mit seiner Kandidatur eine Alternative zu Blochers Politik anbieten. Er sei bereit, sich zurückzuziehen, wenn ein gemässigter bürgerlicher Kandidat zur Wahl antrete. Weitere Themen der Delegiertenversammlung waren die Unternehmenssteuerreform II, zu der die Nein-Parole beschlossen wurde und die Initiative gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten, welche die Delegierten befürworteten.¹²

1) Führungsprinzipien: 26.6.07, BZ, 30.6.07 und TA, 2.7.07. Gegnerpublikation: LT, 9.2. und 10.2.07; Lib., 1.9. und 16.11.07. Blocher-TV: So-Blick, 16.9.07; NZZ, 17.9.07; TA, 24.10.07; Lit. Ackeret und Lit. Gross.

2) Bund, 29.1.07; AZ, 16.2.07; SoZ, 2.11.07.

3) BaZ, 25.7.07; SGT, 10.10.07; NF und TA, 18.10.07; BaZ, 1.9.07; TG und 24h, 3.9.07; LT, 7.4.07.

4) NZZ und TA, 29.1.07; BaZ, NZZ und SGT, 21.10.06; NZZ, 17.7.07 und 29.8.07; LT, 29.8.07; LT, 23.7.07.

5) Presse vom 28.8.07; Bund und TA, 12.9.07; Presse vom 4.10. und 5.10.07.

6) NZZ, 17.1. und 13.2.11; BZ, 23.2.11; TA, 24.2.11

7) AZ, 21.1.22

8) Presse vom 23.10.06.

9) SGT und TA, 23.10.07.

10) Presse vom 30.8.04.

11) QJ, 6.3.06. Zur Diskussion innerhalb der GP über die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung siehe auch LT, 23.3.06; AZ, 3.8.06.

12) NZZ, 24.11. und 3.12.07.